

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. November.

Geschichtskalender. 2. November 1827: Der Orientalist Paul de Lagarde in Berlin geboren († 1891). 1831: Der Schriftsteller Julius Stettenheim in Hamburg geboren. 1848: Jacobys historische Antwort an Friedrich Wilhelm IV. 1905: Der Anatom Albert von Kölliker in Würzburg gestorben (\* 1817). 1909: Sozialdemokratische Stichwahlstige in Sachsen.

Sonnenaufgang: 6,50, Sonnenuntergang: 4,28. Mondaufgang: 7,14 vorm., Monduntergang: 4,36 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. November.

Lebhafte Westwinde, veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig geändert, zeitweise Niederschlag.

Der Hottentottenschwindel in vermehrter und verbesserter Auflage.

Wie alle nationalliberalen Abgeordneten in Sachsen, so verdankt auch Herr Dr. Johannes Jund sein Mandat dem ausgefeiltesten Wahlgeschwindel. Das Wahlkomitee für Herrn Dr. Jund ließ vor der Wahl in einem Flugblatt erklären, der nationalliberale Kandidat Jund werde im Reichstag nicht dafür zu haben sein, daß „auf den wundgeschuerten Rücken des Volkes neue indirekte Lasten gewälzt“ werden. So wurden bei der Hottentottenschwindel-Tausende von Wählern mit diesem nationalliberalen Schwindel eingefangen. Im Reichstag war Herr Dr. Johannes Jund der erste einer, die sich von der Rotwendigkeit überzeugen ließen, 400 Millionen neuer indirekter Steuern dem wundgeschuerten Rücken des Volkes aufzubürden. Angesichts der nicht mehr fern Reichstagswahl befinnt sich Herr Dr. Johannes Jund wieder auf seinen Liberalismus. Es war bei einer Feler des „glänzenden Wahlsieges“ im 5. Leipziger Wahlkreis, wo Herr Dr. Jund sein liberales Herz wieder entdeckte. Herr Dr. Jöphel hatte eben seinen Gesinnungsgenossen seinen Dant für seine Wahl ausgesprochen, seinen Liberalismus noch einmal die unterstrichen und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Reichstagswahl ein gleich günstiges Ergebnis zeitigen möge, als sich der eigentliche „Sieger von Leipzig“, Herr Dr. Johannes Jund, erhob, um seinem belommenen Herzen ebenfalls die Hoffnung auf einen ähnlichen Sieg bei der Reichstagswahl entströmen zu lassen. Er werde, sagte er nach einem Bericht über die Siegesfeier im nationalliberalen Vereinsbättele, als nationalliberaler Kandidat den Wahlkampf durchaus sachlich führen. Eine konservative Gegenkandidatur werde er durchaus begrüßen, weil durch die Auseinandersetzungen mehr Wähler ausgerüttelt würden. Natürlich! Hintenan werden doch — wie eben bei der Stichwahl in Leipzig V — die konservativen Herrschaften für Herrn Dr. Johannes Jund stimmen.

Am Schluß seiner Angstmeierei auf der nationalliberalen Siegesfeier meinte Herr Dr. Jund: „Wenn im Reichstage neue Steuervorlagen kommen sollten (!), so würde er nur für direkte Steuern zu haben sein.“ Daß du die Nase ins Gesicht behältst! Wenn neue Steuern kommen so lte n! Als wenn es nicht heute schon eine ausgemachte Sache wäre, daß der nächste Reichstag wieder neue ungezählte Millionen neuer Steuern werde bewilligen müssen! Und diese ungezählten Millionen will Herr Dr. Johannes Jund nur durch direkte Steuern aufbringen. Wir sind überzeugt, daß Herr Dr. Jund nicht einen zweiten Nationalliberalen finden wird, der an diese Möglichkeit glaubte, den Mehrbedarf an neuen Steuern nur durch direkte Steuern aufbringen zu können. Und wenn Herr Dr. Johannes Jund in der nächsten Reichstagswahlbewegung im Ernst ein solches Steuerprogramm aufstellen wollte, dann würden ihn die Nationalliberalen, die Großkapitalisten, die natürlich ebensowenig wie die Agrarier direkte Steuern zahlen wollen, für verrückt erklären und ihn ersuchen, auf die Kandidatur zu verzichten, obgleich ein solches Programm weiter nichts wäre und sein sollte, als der Hottentottenschwindel von 1907 in neuer vermehrter und verbesserter Auflage. Im neuen Reichstage würde natürlich Herr Dr. Johannes Jund schon in den ersten vierzehn Tagen erkennen, daß der Dalles der Reichen so groß und der Bedarf an neuen Steuern so bedeutend ist, daß er höchstens zu einem kleinen Teile durch zweifelhafte Besitzsteuern gedeckt werden könnte. Doch das soll unsere spätere Sorge sein. Für heute handelt es sich darum, der Wählerschaft zu zeigen, daß Herr Dr. Johannes Jund den alten Schwindel schon beizeiten wieder anfängt. Diesmal wird aber der edle Johannes Jund weniger Glück haben als Anno 1907!

Die Stadtverordnetenwahl.

Mit der Wahl der erstklassigen Vertreter, die gestern oollzogen wurde, ist die Stadtverordnetenwahl auf zwei Jahre erledigt. Die diesjährige Wahl lohnt sich wohl, daß man ihr noch einige Jellen widmet. Der hernorstechendste Zug ist der große Fortschritt, den die Sozialdemokratie zu verzeichnen hat. Bei der Vertreterwahl für die dritte Klasse war der Kampf auch am heißesten, wenn auch die Wahlbeteiligung nicht so groß war wie im Jahre 1908. Damals betrug sie 80, diesmal 76,3 Prozent. Bei den beiden ersten Klassen ist sie diesmal viel geringer als bei der dritten Klasse; in der zweiten Klasse betrug die Beteiligung 70, in der ersten Klasse 68,3 Prozent. Der ersten Klasse, die 4,06 Prozent der Wählerschaft ausmacht, stehen 24 Sitze im Kollegium zu, sie hat gegenüber der zweiten Klasse ein dreifaches, gegenüber der dritten Klasse aber ein mehr als 17faches Wahlrecht. Der zweiten Klasse, die 14,80 Prozent der Wählerschaft ausmacht, stehen 24 Sitze zu, sie hat gegenüber der dritten ein fast fiebenfaches Wahlrecht. Der dritten Klasse, die aus 81,14 Prozent der Wählerschaft besteht, stehen ebenfalls nur 24 Sitze zu.

Wie haben nun die Wähler entschieden? Für die Sozialdemokratie haben in der dritten Klasse von 28 082 Wählern 18 169 gestimmt, in der zweiten Klasse von

4776 210 und in der ersten Klasse von 1472 9 Wähler, insgesamt also 18 397 Wähler; für die bürgerlichen Parteien: Harmoniepartei, Vereinigter Liberaler Wahlausschuß und Vereinigtes Bürgerwahlkomitee haben in allen drei Klassen zusammen 15 922 Wähler gestimmt; die Sozialdemokratie hat sonach, obwohl sie in den beiden ersten Klassen gar nicht in Frage kommt, noch eine Stimmenmehrheit von 2475. Wo wären die bürgerlichen Parteien bei einem allgemeinen Wahlrecht geblieben? Nicht einen einzigen Kandidaten hätten sie durchgebracht! Gälte nun das allgemeine Wahlrecht mit dem Proporz und legte man die bei der diesjährigen Wahl abgegebenen Stimmen zugrunde, so würde das Kollegium aus 39 Sozialdemokraten, 20 Liberalen, die jetzt überhaupt nicht vertreten sind, 11 Mittelständlern und zwei Abgeordneten der Harmoniepartei bestehen. So aber will es das brutale Dreiklassenwahlrecht, daß die Partei, die mehr Wählerstimmen als die übrigen zusammen hat, nur 20 Sitze bekommt, die Mittelständler aber 26, die Harmonie-Nationalliberalen ebenfalls 26 Sitze im Kollegium haben. Wir haben schon gestern auf die große sozialdemokratische Stimmenzunahme in der zweiten Klasse hingewiesen als ein Zeichen dafür, wie es im Bürgertum zu gären anfängt wegen der rückständigen eingerosetzten Kommunalpolitik in Leipzig. Auch der Wahlausfall in der ersten Klasse ist ganz interessant. Wurden früher einige Stimmen in der zweiten Klasse für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben, so schimpfte die bürgerliche Presse wie heissen auf die Bourgeois, die der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisteten. Jetzt nimmt sie es schon als selbstverständlich hin, daß wir auch Bourgeoisstimmen bekommen, und sie ist schon froh, daß es nicht noch mehr sind. So glaubten die armseligen Tröpfe am Petersteinweg, uns höhnen zu können, weil wir in der ersten Klasse nur 9 Stimmen bekommen haben. Dabei ist dies gegen 1908 eine 12prozentige Stimmenzunahme. Denn damals erhielten wir 4 Stimmen. Man sieht, die Sozialistenfurcht nimmt selbst in den Kreisen der Höchstbesteuerten ab.

Die erste Aufgabe der Wählerschaft ist aber, um wieder ernsthaft zu sprechen, die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, damit die Bevölkerungsschichten nach ihrer Zahl und ihrem wahren Interesse eine Vertretung bekommen.

Vom „entschiedenen Liberalismus“ in Leipzig.

Allmonatlich einmal treffen sich im Börsenteller am Georgiring einige Duzend Leute, die zusammenkommen, um sich gegenseitig einzureden, sie seien „entschieden liberal“. Es ist ein bunt zusammengewürfeltes Bälkchen, noch bunter als die sozusagen fortschrittliche Volkspartei, zu der die Leutchen sich rechnen, und die selbst ein Gemengel politisch abgestandener freisinniger Parteireisenden darstellt. Im Börsenteller finden wir traulich beisammen einige Ideologen, die politische Fragen am liebsten in lyrischen Versen behandeln möchten; ein paar Raumanianer, die für „Demokratie“ und Weltmachtpolitik schwärmen, ein paar Hirsch-Dunderianer, die süße Träume von der Harmonie aller Dinge träumen und endlich eine Anzahl verpörriger politischer Lehrlinge, die nirgends ausgehalten haben, weil ihnen politisch lernen und arbeiten ein Scheuel und Greuel ist. Beim „entschiedenen Liberalismus“ werden sie als vielversprechender intellektueller Nachwuchs in Ehren gehalten. Der „entschiedene Liberalismus“ muß eben aufnehmen, was ihm zuläuft; wählerisch kann und darf er nicht sein. Zwischen drin sitzen mehrere graubärtige Männer, die einst bessere politische Tage gesehen, aber die Entwicklung verschlafen haben und nun auf dem ärmlichen politischen Altenteil verwundert den sich abspielenden Dingen zusehen.

Gestern abend unterhielten sich die „entschiedenen Liberalen“ über Bethmann-Hollwegs Wahlparole, über die der Referent, Herr Pudor-Kleinortkwich, sehr wenig zu sagen hatte. Aber recht instruktiv für sein Auditorium waren die Darlegungen über die Schützöllnerlei und die damit für das deutsche Volk verbundenen großen Gefahren. In der Diskussion drückten der Parteisekretär Ehrich, der Vorsitzende des Mieterverbandes, Herr Meißner, und andre ihre Schmerzen über die böse Leipziger Volkszeitung aus. Das jarte und weiche Gemüt der Herren ist besonders durch unser Stimmungsbild über den „entschiedenen Liberalismus im Keller“ schwer verletzt worden. Auch über den Genossen Schöpflin, der zu seinem Privatvergnügen gestern den „entschiedenen liberalen“ Herrschaften einen Besuch abstattete, sind die guten Leute sehr ungehalten; Herr Ehrich besonders noch über die Reden, die Schöpflin im Wahlkampf in Jschopau-Marienbergr gehalten hat. Die Ablehnung der Badenserei durch den Magdeburger Parteitag bereitet den „entschiedenen“ Kämpfern im Börsenteller ebenfalls noch lebhaftes Unbehagen. Genosse Schöpflin setzte den Leuten kurz auseinander, daß die Reaktion und ihre Geschäftsführer im Reichskanzlerpalais offenbar mit einer Sozialistenhege die nächsten Wahlen machen wollen, wobei sich zeigen werde, wo der „entschiedene Liberalismus“ bleibt. Die Herren beickten sich, zu versichern, daß sie ihren Mann stellen werden — aber, man weiß aus der Erfahrung: die Liberalen möchten so oft, aber in der Regel können sie nicht. Der Herr Parteisekretär Ehrich griff noch ein wenig in sein Zitatensäcklein, und einer der politischen Lehrlinge brillierte durch einige ungezogene Zwischenbemerkungen gegen den Genossen Schöpflin, die dem vorlauten Herrchen eine solche Antwort eintrugen, daß es verblüfft sein Blappermäulchen schloß. In 50 bis 100 Jahren wird nach Ansicht des Referenten der Liberalismus sein Ziel erreicht haben. Der Mann hat Sinn für Spott und Hohn, aber seine Freunde kapierten die lustige Verulung nicht. Er ist entschieden amüsant, unser Liberalismus.

Änderung der Polizeistunde in den Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung. Seit Ende des Jahres 1901 ist in den Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung der Schluß der Lokale um 12 Uhr nachts angeordnet. Ein

vom Neuen Leipziger Gastwirteverein eingereichtes Gesuch hat dem Polizeiamt und dem Rat Veranlassung gegeben, die Verhältnisse daraufhin zu prüfen, wie sie sich seitdem gestaltet haben. Das Kommando der Schutzmannschaft und die Inspektion der Ratswachen haben sich gutachtlich zu dem Wunsche der Gastwirte, den Zweischluß zuzulassen, geäußert. Daher ist der Rat dazu gekommen, folgende Fassung des § 2 des Regulativs über die Polizeistunde vorzuschlagen:

Gast- und Schankwirtschaften, in denen weibliches Personal (Kellnerinnen, Kaffeevorräte, Daus- und Wirtswädchen usw.) dauernd oder vorübergehend, ganz oder teilweise zur Bedienung der Gäste oder sonst irgendwie so verwendet wird, daß es mit den Gästen in unmittelbarem Verkehr tritt, sind um 2 Uhr nachts zu schließen und bis morgens 5 Uhr geschlossen zu halten.

Der Rat sagt in seiner Vorlage, daß die unausschließliche Folge des Zwöschenschlusses die sein müsse, daß die ihm unterliegenden Wirte wirtschaftlich kaum mehr bestehen könnten. Wenn irgendwelche Bedenken bestehen sollten, so habe das Polizeiamt nach § 3 des Regulativs es jeberzeit in der Hand, eine besondere, zeitigere Polizeistunde zu setzen. Die strenge Handhabung dieser Verfügung gegenüber schlecht geleiteten Lokalen sei eine wesentliche Voraussetzung für die geplante Milderung des Regulativs.

Das Wahlrecht Regl. Der sogenannte Sieg der Nationalliberalen im 5. Leipziger Landtagswahlkreis hatte die bürgerliche Presse ganz toll vor Freude gemacht, was nach den ununterbrochenen Siegen der Sozialdemokratie im letzten Jahre nur zu begreiflich ist. Jetzt beginnt aber die Enttäuschung: die Angsbürger Abendzeitung bemerkt etwas gedrückt zu der Konstatierung, daß hinter den Siegen nur die Minderheit der Wähler steht:

Das Wahlergebnis erscheint allerdings tatsächlich ein Wahlsieg der Minderheit, allein damit konstatiert das sozialdemokratische Organ nichts besonderes, es ist ja der ausgesprochene Zweck des neuen sächsischen Wahlgesetzes, die bedeutende bürgerliche Minderheit im Lande nicht durch die roten Massen verewaltigen zu lassen. Dies ist dem Gesetz, wie sich jetzt wiederum zeigt, im ganzen einigermassen gelungen.

Und dieser gelungenen Wahlrechtung verdanken die Nationalliberalen ihren „Sieg“. Sie können in der Tat stolz darauf sein.

Jahrestag der Friedrichen Instituts. Eine einfache schlichte Feler wurde am Sonnabend im Hofe der Universitäts-Frauenklinik abgehalten. Es wurde der hochherzigen Stifter gedacht, die es ermöglicht hatten, daß vor 100 Jahren an die Errichtung der Frauenklinik gedacht werden konnte. Reiche und ehemalige Dörre waren in großer Zahl erschienen, außerdem waren zahlreiche Ehrengäste anwesend. Prof. Dr. J. W. Schmidt hielt die Festrede, in der er in großen Zügen die Entwicklung des Instituts schilderte. Dann nahm der Kultusminister Red das Wort. Er führte aus, daß heute der Staat große Summen für wissenschaftliche Forschungen bewillige, rein äußerlich gesehen, könne damit seine hochherzige Stiftung nicht in Vergleich treten. Aber die hochherzige Gesinnung der Stifter und der edle Zweck, den sie verfolgt hätten, würden für alle Zeiten ein leuchtendes Beispiel des Gemeinheits bleiben. Sodann feierte er die Verdienste des gegenwärtigen Leiters des Instituts und teilte ihm seine Ernennung zum Geheimen Rat mit. Oberbürgermeister Dr. Dittich hob die freundschaftlichen Beziehungen hervor, die zwischen der Bürgererschaft und dem Institut bestehen und machte Mitteilung von dem Beschluß der städtischen Körperschaften, die dem Institut zwei Stützungen vermacht haben, deren Zinsen für aus der Klinik entlassene bedürftige Wöchnerinnen Verwendung finden sollen. Zum Schluß dankte Geheimrat J. W. Schmidt für die reichen Zuwendungen.

Politischer Vortragzyklus der Leipziger Freien Studentenschaft. Das Präsidium der Leipziger Freien Studentenschaft hat für das Wintersemester 1910/11 Redner verschiedener politischer Parteien gewonnen, die auf akademischen Vortragabend mit anschließender Diskussion ihre Programme entwickeln werden. Es werden im ganzen sieben solche Veranstaltungen stattfinden. Abonnementkarten zu sämtlichen Vorträgen sind für Studierende zum Preise von 1,40 Mk. aus dem Geschäftszimmer der V. Fr. St. (Universität, Augustum A) zu haben. Das Eintrittsgeld zu einem Vortrag beträgt für Studierende 30 Pfg., für Nichtstudierende 50 Pfg. U. a. wird am 9. November Landtagsabgeordneter Dr. Otavio Freiherr von Redlig und Reutkirch (freisinn.), später Vothhoff (fortschrittl. Volksp.), Verustein (Soz.), Dr. von Dziembowski-Pomian (Pole) sprechen.

Kapitalismus und Liebe. Ueber dieses Thema wird heute abend auf Veranlassung des Präsidiums der Leipziger Freien Studentenschaft in den Gesellschaftsräumen des Zentraltheaters Dr. phil. Helene Stöcker sprechen.

Lust- und Lichtbäder. Der Verein Lust- und Lichtbad von Leipzig-Ost hält Donnerstag, den 3. November, abends 7,9 Uhr, im Etablissement Drei Mohren, L.-Anger, Breite Straße 7, einen Vortragsabend ab, an dem Herr Dr. med. Erwin Jaeger über: Die Bedeutung und Einrichtung von Lust- und Lichtbädern (Sonnabädern) sprechen wird. Der Vortrag findet mit Lichtbildern statt. Die Einwohner des Ostens werden um zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung gebeten.

Von der Bahn. Die Verwaltung der Dresdner Bahn läßt jetzt Sonntags nachmittags 5,05 Uhr pünktlich einen Personenzug nach Würzen verkehren, der an allen Stationen und Haltestellen hält. Dieser Zug soll den fahplanmäßigen 5,10 Uhr nach Würzen verkehrenden Zug entlasten, was ein dringendes Bedürfnis wäre.

Freiwillige Zähler zur Volks- und Wohnungszählung. Für die Volks- und Wohnungszählung, die am 1. Dezember dieses Jahres stattfinden wird, sind etwa 2200 freiwillige Zähler erforderlich. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt, das allen, die dazu geeignet erscheinen, in dem Vertrauen übertragen wird, daß sie mit Umsicht und Eifer die wichtigen Zwecke der Zählungen zu fördern bereit sein werden. Die Zähler sind berufen, als Organe der Behörden an ihrem Teil dafür Sorge zu tragen, daß die Volks- und Wohnungszählung rechtzeitig und vorchriftsmäßig durchgeführt wird.

Der Rat richtet an die gesamte Bevölkerung der Stadt Leipzig einschließlich der einwohnerlosen Vororte die Bitte, sich wie bei früheren solchen Zählungen recht zahlreich zur Mitwirkung als freiwillige Zähler bereit zu erklären. Meldungen sind sobald als möglich, spätestens aber bis zum 17. November schriftlich oder mündlich an das Statistische Amt, Tüppferstraße 2, 11., zu richten. Es ist dabei der Name, der Stand und die Wohnung genau zu bezichnen.

Kaffee mit gummi arabicum. Gegen Mißbräuche beim Verkauf von geröstetem Kaffee richtet sich eine neue Verfügung der zuständigen preussischen Minister für Handel, für Mineral-Angelegenheiten und des Amtes an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin. Es werden jetzt häufige Glasermittel für gerösteten Kaffee angegriffen, mit deren Hilfe